

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Katrin Schmidberger (GRÜNE)

vom 1. Februar 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 2. Februar 2024)

zum Thema:

Gutachten zum sog. Vergesellschaftungsrahmengesetz

und **Antwort** vom 14. Februar 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 15. Februar 2024)

Senatsverwaltung für Finanzen

Frau Abgeordnete Katrin Schmidberger (GRÜNE)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/18107

vom 01.02.2024

über Gutachten zum sog. Vergesellschaftungsrahmengesetz

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Abgeordneten:

Der Senat hat beschlossen, zu dem sogenannten Vergesellschaftungsrahmengesetz zunächst ein Rechtsgutachten zu beauftragen.

1. Was waren die wesentlichen Inhalte der Ausschreibung eines Rechtsgutachtens für das sogenannte Vergesellschaftungsrahmengesetz?
2. Was ist der Stand der Vergabe?
3. Falls der Auftrag bereits erteilt wurde, welche Kanzlei wurde beauftragt und - sofern zutreffend - welche Unteraufträge wurden erteilt?
4. Welcher Zeitraum der Auftrags erledigung ist vorgesehen?

Zu 1. bis 4.:

Bisher ist eine Ausschreibung eines Rechtsgutachtens für ein Vergesellschaftungsrahmengesetz nicht erfolgt, da wie bereits bekannt zunächst noch wesentliche Fragen zum genauen Inhalt des Auftrags in einer interministeriellen Abstimmung erörtert werden.

Ziel ist die Beauftragung im ersten Halbjahr 2024.

Berlin, den 14. Februar 2024

In Vertretung

Wolfgang Schyrocki

Senatsverwaltung für Finanzen